

Auftragsbekanntmachung

Öffentliche Ausschreibung nach UVgO

Liefer- / Dienstleistungsauftrag

1. Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

a) Hauptauftraggeber (zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle)

Name: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
Straße, Hausnummer: Glinkastraße 24
Postleitzahl (PLZ): 10117
Ort: Berlin
Telefon: +49 30 185550
Telefax: +49 30 185551145
E-Mail: zentrale-beschaffung@bafza.bund.de
Internet-Adresse: <https://www.bmfsfj.de/>

b) Zuschlag erteilende Stelle

Wie Hauptauftraggeber siehe a)

2. Angaben zum Verfahren

a) Verfahrensart

Öffentliche Ausschreibung nach UVgO

b) Vertragsart

Liefer- / Dienstleistungsauftrag

c) Geschäftszeichen

BMBFSFJ_2026_004

3. Angaben zu Angeboten

a) Form der Angebote

- elektronisch
- ohne elektronische Signatur (Textform)

b) Fristen

Ablauf der Angebotsfrist

29.04.2026 - 10:00 Uhr

Ablauf der Bindefrist

15.06.2026

4. Angaben zu Vergabeunterlagen

a) Vertraulichkeit

Die Vergabeunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=849020>

b) Zugriff auf die Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt

c) Zuständige Stelle

Name:	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
Straße, Hausnummer:	An den Gelenkbogenhallen 2-8
Postleitzahl (PLZ):	50679
Ort:	Köln
Telefon:	+49 2241 36734598
E-Mail:	zentrale-beschaffung@bafza.bund.de
Internet-Adresse:	www.bafza.de

d) Anforderungsfrist

29.04.2026 - 10:00 Uhr

5. Angaben zur Leistung

a) Art und Umfang der Leistung

Gegenstand des ausgeschriebenen Pilotprojektes ist die Konzeption, Durchführung und Evaluation eines ressortübergreifenden Mentoring-Programmes in den obersten Bundesbehörden zur Stärkung weiblicher Nachwuchsführungskräfte.

In der am 1. Oktober 2025 vom Bundeskabinett beschlossenen

„Modernisierungsagenda - für Staat und Verwaltung (Bund)“ wurde im Rahmen der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Führungspositionen die Pilotierung eines ressortübergreifenden Mentoring-Programms für weibliche

Nachwuchsführungskräfte sowie ressortübergreifende Möglichkeiten zum Austausch und zum Aufbau von Frauen-Netzwerken verankert. Zuvor wurde mit dem FüPoG II das Ziel im Bundesgleichstellungsgesetz festgeschrieben, bis zum Ende des Jahres 2025 die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Bundesverwaltung zu erreichen. Zur Umsetzung dieses Zieles hat das Bundesgleichstellungsministerium - mit Unterstützung aller Ressorts - im Jahr 2022 einen Maßnahmenplan, den sog. Plan FüPo 2025, entwickelt, auf dem die Modernisierungsagenda Bund aufbaut.

Ziel des ressortübergreifenden Mentoring-Programms im Sinne des Abbaus der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen ist die Stärkung weiblicher Nachwuchsführungskräfte auf ihrem weiteren Karriereweg sowie die Stärkung des interministeriellen Austauschs. Insbesondere potentielle weibliche Führungskräfte sollen in ihrer individuellen Entwicklung und der Karriereentwicklung unterstützt und ermutigt werden, sich auf Führungspositionen zu bewerben. Durch den Austausch soll unter anderem auch das Verständnis für Vereinbarkeitsbelange gestärkt werden. Erfahrene Führungskräfte, die als Mentorinnen und Mentoren mitwirken, erhalten die Möglichkeit ihre Erfahrung weiterzugeben und ihre Beratungskompetenz auszubauen. Durch die optionale Teilnahme an begleitenden Trainings und Workshops können sie neue Impulse erlangen sowie Kenntnisse rund um das Thema Führen ausbauen und ihr ressortübergreifendes Netzwerk erweitern. Es handelt sich um ein Pilotprogramm im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) auf Grundlage der Modernisierungsagenda Bund und soll, auch mittels einer Evaluation, Erkenntnisse für mögliche zukünftige ressortübergreifende Mentoring-Programme liefern. Eine erste Abfrage unter allen obersten Bundesbehörden ergab ein sehr hohes Interesse an der Teilnahme am Mentoring-Programm. Auf dieser Grundlage wird davon ausgegangen, dass das Programm in etwa einen Umfang von 60 bis 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (30 bis 40 Tandems) haben wird. Nähere Angaben entnehmen Sie bitte den beigefügten Vergabeunterlagen.

c) Ort der Leistungserbringung

Berlin, deutschlandweit

7. Zulassung von Nebenangeboten

Nein

10. Wesentliche Zahlungsbedingungen

Abschlags- und Schlusszahlungen im Rahmen der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil B (VOL/B)

11. Unterlagen und Anforderungen zur Beurteilung der Eignung des Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen

Der Bieter/Die Bieterin hat besondere Sorgfalt bei der Erstellung der Unterlagen walten zu lassen.

Die vorgegebene Reihenfolge soll eingehalten werden.

Zum Nachweis der Eignung sind folgende Unterlagen dem Angebot beizufügen:

Der öffentliche Auftraggeber behält sich gem. § 41 Abs. 2 S. 2 UVgO vor, dass keine Unterlagen nachgefordert werden. Fehlende Unterlagen können daher zum Ausschluss führen.

a. Kurze Darstellung des sich bewerbenden Unternehmens/ der sich bewerbenden Institution/der sich bewerbenden Person

b. Nennung der verantwortlichen Person(en) (bezogen auf das Unternehmen/die Institution)

c. Eigenerklärungen nach § 31 UVgO i. V. m. §§ 123, 124 GWB analog. Der Bieter/ Die Bieterin hat nachzuweisen, dass auf ihn/sie keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe zutreffen. Hierzu sind mit dem Angebot ausgefüllte und unterschriebene Eigenerklärungen vorzulegen, die u.a. beinhalten, dass der Bieter/ die Bieterin sich nicht in einem Insolvenzverfahren oder vergleichbaren gesetzlichen Verfahren befindet und seinen/ihren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat. Die mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Anlage „Eigenerklärung_31“ ist hierfür zu nutzen.

d. Aktuelle Gewerbezentralregisterauskunft bzw. Eigenerklärung, dass nachweislich die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen.

e. Mitteilung des Gründungsjahrs und Darstellung der Geschäftsentwicklung der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

f. Nachweis über Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherungsdeckung bzw. Eigenerklärung, dass im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.

g. Erklärung zur Bietergemeinschaft (falls zutreffend)

h. Erklärung zu Unterauftragnehmerinnen/Unterauftragnehmern (falls zutreffend)

i. Bestätigung, dass das Angebot, die eventuelle Präsentation und die Auftragsleistung in deutscher Sprache erfolgen

j. Erklärung der Bereitschaft zur Verpflichtungserklärung nach dem Verpflichtungsgesetz

k. Übersicht in Form einer Liste über die in den letzten 3 Jahren geleisteten wesentlichen Arbeiten (und Aktivitäten) mit Angaben des Auftragsgegenstandes, des Auftragswertes, der Leistungszeit und der Angabe der öffentlichen und privaten Auftraggeber

l. Angabe der Namen und der beruflichen Qualifikation der Personen, die im Falle eines Zuschlags für den Auftrag zuständig sein werden

m. Zusicherung, dass es bei Zuschlag ein gleichbleibendes Team mit einer festen Ansprechperson gibt und dass diese Person kontinuierlich zur Verfügung steht und bei personellen Veränderungen keine inhaltlichen und zeitlichen Probleme im Rahmen der Unterstützung entstehen

n. Nachweis über gute Kenntnisse in Beteiligungsformaten und Konzipieren von Veranstaltungen

o. Nachweis über mehrfacher Projektpartner des öffentlichen Dienstes

- p. Nachweis fundierter Kenntnisse im Bereich der Konzipierung von Mentoring-Programmen
 - q. Nachweis von sozialwissenschaftlichen Kenntnissen und Erfahrung in der Konzipierung, Erhebung und Auswertung von Befragungen von unterschiedlichen Zielgruppen
 - r. Nachweis Berufserfahrung der Projektleitung von mindestens 5 Jahren bei der Bearbeitung gleichwertiger Projekte
 - s. Nachweis Berufserfahrung der Stellvertretung der Projektleitung und weiterer Mitarbeitender von durchschnittlich mindestens 3 Jahren bei der Bearbeitung gleichwertiger Projekte
 - t. Nachweis von Qualifikationen und Projekterfahrungen im Bereich Prozessmanagement
 - u. Nachweis fundierter Kenntnisse sowie einschlägiger Projekterfahrung im Bereich Diversität, Gleichstellung und Chancengerechtigkeit, insbesondere in der Konzeption, Umsetzung und Begleitung entsprechender Maßnahmen und Programme
- Der Auftraggeber legt Wert auf eine qualitative hohe Erfüllung der Aufgabe. Die Bewertung der Eignung der Bewerber/Bewerberinnen erfolgt anhand der in der Anlage „Bewertungsraster Eignung“ genannten Kriterien. Für die Einreichung der geforderten Unterlagen ist die Anlage „Vordruck Eignungsnachweise“ zu verwenden.

12. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird gemäß § 43 Abs. 1 UVgO auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Der niedrigste Angebotspreis ist nicht entscheidend.

Für die Angebotswertung im Hinblick auf die Erteilung des Zuschlags erfolgt die Wertung anhand der in der Anlage „Bewertungsraster Wirtschaftlichkeit“ aufgeführten Zuschlagskriterien und ihrer jeweiligen Gewichtung.

Die Bewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien erfolgt durch ein Bewertungsgremium. Daher besteht die Möglichkeit, dass im Rahmen der Bewertung auch halbe oder viertel Punkte vergeben werden können, da ein Mittelwert der durch die einzelnen Gremiumsmitglieder vergebenen Punkte gebildet wird.

14. Sonstige Angaben

Dieses Vergabeverfahren wird ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform des Bundes durchgeführt.

b. Kosten für die Bewerbung, Angebotserstellung und eventuelle Präsentation werden nicht erstattet

c. Ergänzende Unterlagen können unter der in Punkt 4. a) genannten URL heruntergeladen werden.

d. Die Abgabe der Vergabeunterlagen erfolgt grundsätzlich ohne weitere Registrierung. Eine freiwillige Registrierung ist möglich. Diese bietet den Unternehmen den Vorteil, dass sie automatisch über Änderungen/Ergänzungen an den Vergabeunterlagen informiert werden. Unternehmen, die von der freiwilligen Registrierung keinen Gebrauch machen, müssen sich selbständig über mögliche Änderungen/Ergänzungen an den Vergabeunterlagen informieren. Hinsichtlich aller weiteren Aktivitäten, u. a. der Kommunikation mit der Vergabestelle, ist eine Registrierung zwingend erforderlich.

e. Fragen sind bis zum 22.04.2026, 12:00 Uhr ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform des Bundes (www.evergabe-online.de) einzureichen. Die Fragen und Antworten werden allen Bietern / Bieterinnen in anonymisierter Form auf der e-Vergabeplattform des Bundes zur Verfügung gestellt.

f. Eventuelle weitere Informationen, z. B. Änderungen/Ergänzungen an den Vergabeunterlagen, Bieterfragen und Antworten, werden schnellstmöglich, spätestens 6 Kalendertage vor Ablauf Angebotsfrist auf der e-Vergabe-Plattform des Bundes eingestellt.

g. Angebote können nur auf der e-Vergabe-Plattform des Bundes (www.evergabe-online.de) abgegeben werden. Es wird gebeten, die Unterlagen für das Angebot möglichst zusammenhängend (vorzugsweise in einer Gesamtdatei im pdf-Format) einzureichen. Auf eine digitale Signatur der Unterlagen ist zu verzichten.

h. Angebote, die auf dem Post- bzw. Botenweg, per E-Mail oder Fax eingehen, müssen ausgeschlossen werden.

i. Die Geltendmachung eigener Allgemeiner Geschäftsbedingungen durch den Bieter / die Bieterin führen zum Ausschluss.

j. Mit Abgabe des Angebots unterliegen nicht berücksichtigte Bieter/Bieterinnen den Bestimmungen des § 46 UVgO.